

Abrahamson, George

Article — Digitized Version

Die Bauwirtschaft in Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, George (1954) : Die Bauwirtschaft in Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 6, pp. 337-341

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131908>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

auch wirtschaftlich realisierbar ist, zahlenmäßig festzulegen. Allein der objektive Bedarf muß trotz der bewundernswerten Leistungen der letzten Jahre bei vorsichtiger Schätzung noch immer (Anfang 1954) mit 4 Mill. Wohnungen angenommen werden *). Das bedeutet, daß die Wohnbautätigkeit im Umfang der letzten zwei Jahre noch gut 8—10 Jahre anhalten muß, um diesen Bedarf zu befriedigen. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die heutigen Wohnungsuchenden — das sei zu ihrer Beruhigung gesagt — noch so lange warten müssen; denn ein Teil des Bedarfs wird erst in den kommenden Jahren entstehen.

Es ist zwar in den letzten Monaten da und dort nicht möglich gewesen, freifinanzierte Wohnungen sofort und zu den erwarteten Bedingungen (besonders hohe oder verlorene Mietzuschüsse) zu vermieten. Daher ist die Behauptung aufgetaucht, der Zeitpunkt der Deckung des Wohnungsbedarfs sei nahegerückt ²⁶⁾.

*) Anmerkung: In einem nach Fertigstellung dieses Beitrages erschienenen Aufsatz von Walther Fey, „Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik 1953 und seine Finanzierung“, im Bundesbaublatt Nr. 4/54, S. 148, wird der derzeitige Fehlbestand mit 3,9 Mill. Wohnungen angegeben.

²⁶⁾ s. a. „Der Arbeitgeber“, Nr. 4/54, S. 136.

Derartige in der Masse völlig untertauchende Einzelercheinungen und die Tatsache, daß im Zusammenhang mit der durch die „Große Steuerreform“ erwarteten Steuersenkung Streitigkeiten über die Notwendigkeit der staatlichen Unterstützung und die Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau aufgetaucht sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach wie vor der größten Anstrengungen aller bedarf, um den Wohnungsfehlbestand zu beseitigen. Erst dann wird die große Wirtschaftskonzeption der Bundesregierung, einen freien Markt mit sich entsprechenden Angebots- und Nachfragegrößen zu schaffen, auch auf dem Gebiet des Wohnungswesens erreicht und damit die Möglichkeit, von einem „Wohnungsmarkt“ zu sprechen.

Auf alle Fälle aber kann sich das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik darauf einstellen, daß es aus der Wohnbautätigkeit noch viele Jahre starke Impulse empfangen wird, insbesondere das Baugewerbe, die Industrie der Steine und Erden, die Möbelfabrikation, Teppich-, und Gardinenindustrie und andere Wirtschaftsgruppen, die von der Bautätigkeit abhängen.

Die Bauwirtschaft in Großbritannien

Dr. George Abrahamson, London

Das britische Baugewerbe hatte im letzten Jahrzehnt außergewöhnliche Anforderungen unter äußerst schwierigen Umständen zu bewältigen. Die Kriegsschäden gutzumachen, den Nachholbedarf an Wohnraum zu decken, Industriebauten für die nötige Produktionsausweitung zu erstellen und die zur Erfüllung sozialer Versprechen erforderlichen Schulen, Krankenhäuser und anderen öffentlichen Gebäude zu errichten, war in Großbritannien ebenso wie in Kontinental-Europa offensichtlich eine Aufgabe, die das Baugewerbe auf Jahrzehnte voll beschäftigen mußte. Sie war um so schwieriger zu lösen, als der Stamm der gelernten Bauarbeiter während des Krieges verlorengegangen war, Baustoffreserven und Privatkapital für Gebäude-Investitionen fehlten und eine zweckmäßige Organisation für das Bauwesen unter öffentlicher Kontrolle erst noch entwickelt werden mußte. Wie der folgende Vergleich von Zahlen der Industrieerhebung in typischen Vor- und Nachkriegsjahren zeigt, hat das britische Baugewerbe trotz dieser Schwierigkeiten seine Tätigkeit nicht unwesentlich ausgedehnt. Beim Vergleich dieser Zahlen muß jedoch beachtet werden, daß Bauarbeiterlöhne und Baukosten im Jahre 1949 fast dreimal so hoch waren wie im Jahre 1935.

Unter den obwaltenden Umständen mußte die Regierung offensichtlich von vornherein ein hohes Maß von Verantwortung für die Bauwirtschaft übernehmen, und die Bewirtschaftung von Baustoffen und Bautätigkeit konnte nur ganz langsam abgebaut werden. In der ersten, dem Kriege unmittelbar folgenden Etappe konzentrierten die Behörden ihre Aufmerksamkeit auf Kriegsschädenreparaturen an reparaturfähigen Gebäuden, Erstellung von schnell beziehbaren Notunterkünften und Errichtung der vordringlich benötigten Produktionsstätten und Versorgungsbetriebe. Zur gleichen Zeit gelang es, die Baustoffherzeugung allmählich zu vergrößern, in größerer Zahl jüngere Arbeitskräfte für das Baugewerbe anzuwerben und eine zweckmäßige Aufteilung der Funktionen zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zu erreichen. Gegen Ende 1947 war es möglich, einen Schritt weiterzugehen. Während Industriebauten weiterhin den Vorrang erhielten, wurde der Wohnungsbau auf etwa 200 000 Wohneinheiten jährlich ausgedehnt. Dabei blieb es, solange die Labour-Regierung im Amt war. Erst im letzten Jahr wurde die Erstellung von Neubauten auf über 300 000 Einheiten erhöht und die industrielle Bautätigkeit, die nun weniger vordringlich erschien, leicht eingeschränkt. Der Anteil der Neu-

Leistungsziffern des britischen Baugewerbes, 1935 und 1949

Position	Privatfirmen		Örtliche Behörden		Öffentliche Betriebe		Insgesamt	
	1935	1949	1935	1949	1935	1949	1935	1949
Brutto-Erzeugung (in 1000 £)	212 740	888 749	51 601	118 313	31 145	97 969	295 486	1 105 031
Netto-Erzeugung (in 1000 £)	98 417	416 021	30 455	66 392	21 175	64 511	150 047	546 924
Löhne und Gehälter (in 1000 £)	.	318 133	.	59 986	.	54 780	.	432 899
Arbeiter und Angestellte	494 939	934 939	191 052	198 126	135 288	163 833	821 279	1 296 898
Netto-Erzeugung je Arbeitnehmer (in £)	199	440	159	335	157	394	183	422
Durchschnittsentlohnung je Arbeitnehmer (in £)	.	340	.	303	.	334	.	334

bauten an der Bruttokapitalinvestition in Großbritannien wird durch folgende Tabelle veranschaulicht (in Mill. £):

Jahr	Wohnbauten	andere Bauten	Bauten, Anlagen, Maschinen, Fahrzeuge usw. insges.
1947	335	195	1 121
1948	344	276	1 347
1949	334	337	1 485
1950	332	394	1 623
1951	366	428	1 809
1952	485	452	2 009

Im allgemeinen waren die verschiedenen Kategorien von Baufirmen an der Bautätigkeit entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Das englische Baugewerbe kann zweckmäßigerweise in drei Gruppen geteilt werden. Die größten britischen Baufirmen sind Aktienunternehmen von Weltrang, die nicht nur im eigenen Land, sondern auch im Commonwealth und in anderen Overseegebietern, teilweise durch eigene Tochtergesellschaften, eine rege Tätigkeit entfalten und sich normalerweise nur auf dem Gebiet der Ingenieur- und Großbauten betätigen, am gewöhnlichen Wohnhausbau jedoch nicht direkt interessiert sind. Ihnen steht am anderen Ende der Skala eine Vielzahl kleiner und kleinster Baufirmen gegenüber, die mitunter nur aus einem selbständigen Bauhandwerker und nach Bedarf angeworbenen Gelegenheitsarbeitern bestehen, Reparaturen und Einfamilienhäuser schnell und billig ausführen, aber weder das Kapital noch die technische Ausstattung für die Erstellung größerer Bauten besitzen.

Zwischen diesen beiden Gruppen steht die für England charakteristische Kategorie des „spekulativen“ Baumeisters, der sein besonderes Arbeitsfeld in der serienweisen Erstellung von Eigenheimen in der Form von Einzel- und Doppelhäusern findet. Ganze Siedlungen und Vororte, komplett mit Straßen und Plätzen, wurden von solchen Baufirmen vor dem Krieg „spekulativ“, d. h. zum Verkauf der einzelnen Häuser nach Fertigstellung, gebaut. Sie entsprechen dem Wunsch des Durchschnittsengländers nach einem Eigenheim mit eigenem Garten und auch dem von der Konservativen Partei vertretenen Ideal einer „property-owning democracy“, in der jeder Bürger einen wenn auch kleinen Teil des Volksvermögens sein eigen nennen kann.

Der Erwerb eines Eigenheims ist den meisten jungen Engländern nur mit Hilfe einer allmählich zu tilgenden Hypothek möglich, die ohne Schwierigkeiten auf 15—25 Jahre in Höhe von 80—90% des geschätzten Wertes seines Grundstücks von einer Baugenossenschaft oder — seit dem Kriege — auch von den örtlichen Behörden zu einem Zinssatz von 4 — 4½% erhältlich ist. Angesichts der Wohnungsknappheit mußte in den ersten Nachkriegsjahren der Eigenheimbau stark eingeschränkt werden. Bis vor zwei Jahren durfte er ein Fünftel der gesamten Wohnbautätigkeit nicht überschreiten; die Wohnfläche der für private Rechnung gebauten Häuser war in der Regel auf 1 000 Quadratfuß (92 qm) beschränkt, und die Gesamtausgaben waren ebenfalls begrenzt. In letzter Zeit ist hier eine Lockerung eingetreten; die Genehmigung zum Eigenheimbau (bis zu 1 500 Quadratfuß) wird

grundsätzlich allen Interessenten ohne Bedarfsnachweis erteilt, und Baufirmen erhalten auf Antrag Sammellicenzen zum Bau von Wohnhäusern zum späteren Verkauf.

Hauptträger der Bautätigkeit seit dem Kriege sind jedoch die örtlichen Behörden, wie sich aus der folgenden Übersicht des Wohnungsbaus in Großbritannien ergibt:

Jahr 1)	Dauerbauten				Notbauten
	insgesamt	davon für			
		örtliche Behörden	Privatbesitzer	andere	
1934/35—1938/39 2)	358 516	85 596	272 920	—	—
1939/40	221 491	69 570	151 921	—	—
1941/42	56 704	25 882	30 822	—	—
1941/42—1944/45 2)	11 197	5 538	3 050	2 609	—
1945 April—Dez.	3 014	1 936	1 078	—	9 376
1946	55 400	25 013	30 219	168	83 050
1947	139 690	97 340	40 980	1 370	46 345
1948	227 616	190 368	32 751	4 497	18 296
1949	197 627	165 946	25 790	5 891	79
1950	198 171	163 670	27 358	7 143	—
1951	194 831	162 584	22 551	9 696	—
1952	239 922	193 260	34 320	12 342	—
1953	318 779	238 827	62 921	17 031	—

1) Bis 1944/45 England und Wales: April—März; Schottland: Januar—Dezember. 2) Jahresdurchschnitt.

Sofort nach Kriegsende wurde die Wohnraumbeschaffung von der Regierung den örtlichen Behörden übertragen. Schon vor dem Kriege spielten die örtlichen Behörden eine wichtige Rolle beim Bau von billigen Wohnungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten, und die damals gesammelten Erfahrungen wurden nach dem Kriege nutzbringend verwertet. Die in den letzten Jahren errichteten „Magistratshäuser“ sind für englische Begriffe klein — sie besitzen eine Wohnfläche von 750 Quadratfuß für Ehepaare mit Kind und von 900 Quadratfuß für Familien mit zwei oder drei Kindern — aber sie sind modern ausgestattet und oft in großzügig angelegten Siedlungen gruppiert. Die meisten von ihnen halten einen qualitativen Vergleich mit den vor dem Kriege für den unteren Mittelstand gebauten Serienhäusern aus. Solider gebaut und besser instandgehalten als Vorkriegsmiethäuser, ein jedes mit seinem eigenen Garten, entsprechen sie durchaus den Ansprüchen, die an Arbeitersiedlungen zu stellen sind, wenn auch ihre Eintönigkeit mit Recht gerügt wird. Die Baukosten dieser aus öffentlichen Mitteln finanzierten Häuser sind jedoch so hoch, daß sie nur zu stark reduzierten Mieten vermietet werden können. Die gewährten Mietzuschüsse — zum größeren Teil aus staatlichen und zu einem kleineren Teil aus Gemeindesteuern gedeckt — werden häufig kritisiert, nicht nur weil sie eine starke und steigende finanzielle Belastung für die öffentliche Hand darstellen, sondern vor allem auch weil sie ohne Bedarfsnachweis allen Mietern gewährt werden. Der normale Mietzuschuß je Wohnung beträgt 35/12/- £ jährlich für 60 Jahre, wovon 26/4/- £ vom Schatzamt und 8/8/- £ von den örtlichen Behörden gezahlt werden. Höhere Zuschüsse werden für Landarbeiterhäuser sowie für Bauten auf teurem Gelände und in schwerbelasteten Gemeinden gewährt.

Die örtlichen Behörden bedienen sich beim Bau ihrer Miethäuser des privaten Baugewerbes, üben jedoch scharfe Kontrolle über Gewinnspanne und Bauweise



Hanseatischer Afrika Dienst

Gemeinschaftsdienst der Reedereien

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

UNTERWESER REEDEREI

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

Aktiengesellschaft

BREMEN

Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit

VON HAMBURG/BREMEN NACH WESTAFRIKA

aus. Angesichts des geringen Umfangs der privaten Bautätigkeit sind die meisten Baufirmen auf öffentliche Aufträge angewiesen, doch sind diese bei ihnen nicht sehr beliebt. Die örtlichen Behörden arbeiten bürokratisch, sind konventionell eingestellt und auf die Deckung des Massenbedarfs bedacht. Sie lassen dem Baumeister wenig Initiative und sind Experimenten und Neuerungen abgeneigt. Auch die auf die Finanzierung der privaten Bautätigkeit spezialisierten Baugenossenschaften ziehen konventionelle und traditionelle Baustoffe und -methoden vor, mit dem Ergebnis, daß neuartige Baumaterialien — wie Betonziegel, -backsteine und -wandplatten, Bitumen- und Kunststoffböden, Gips- und Faserplatten für Decken und Wände — von britischen Baufirmen allgemein nur zögernd und als Notbehelf akzeptiert werden. Manche von diesen neuartigen Materialien spielen aber bereits eine große Rolle.

Das typische Einfamilienhaus von heute ist dem Vorkriegshaus in Grundriß und Ausstattung sehr ähnlich. Wohn- und Esszimmer mit Küche im Erdgeschoß und 3—4 Schlafzimmer mit Bad im Obergeschoß, das ist wieder die bevorzugte Wohnraumverteilung, nachdem sich die offene Bauweise, bei der die beiden Erdgeschoßräume in einem größeren Wohnzimmer vereinigt werden (das möglicherweise auch die Treppe zum Obergeschoß einschließt), für Familien mit Kindern als unpraktisch erwiesen hat. Einsparungen sucht man in den für örtliche Behörden errichteten Kleinhäusern hauptsächlich durch sorgfältige Grundrißplanung zu erreichen, für die amtliche Architekten spezifische Vorschläge ausgearbeitet haben. Auf arbeitssparende Ausstattung — Zentralheizung, laboratoriumsähnliche Kleinküche mit Waschmaschine und Kühlschrank, eingebaute Schränke usw. — wird bei Mittelstandswohnungen neuerdings größerer Wert gelegt, doch bleibt der offene Kamin im Wohnzimmer weiter der Mittelpunkt des englischen Heims, auch in Wohnungen mit Zentralheizung.

Das Baugewerbe muß sich natürlich dem konservativen Geschmack des englischen Publikums anpassen. Versuche mit fabrikmäßig hergestellten Häusern, die auf dem Bauplatz nur aufmontiert zu werden brauchen, haben auf dem heimischen Markt wenig Anklang gefunden, obwohl sie im Export, insbesondere nach den Tropen, einige Bedeutung erlangt haben. Solche Häuser, aus Beton-, Asbest-, Gips- oder Leichtmetallplatten zusammengesetzt und mit kompletten Bade- und Kücheneinrichtungen versehen, werden in die afrikanischen Kolonien und die Dominien geliefert, wo die Masseneinwanderung seit dem Kriege das schon vorher bestehende Wohnungsproblem verschärft hat. Auf dem heimischen Markt finden fabrikmäßig hergestellte Treppen, Erkerumbauten, Einbauschränke usw. in steigendem Maße Verwendung, doch haben sich Versuche, auf diesem Wege weiterzugehen und die Arbeit auf dem Bauplatz durch Installation kompletter fabrikmäßig hergestellter Küchen- und Badezimmereinrichtungen zu vereinfachen und zu beschleunigen, als unwirtschaftlich erwiesen. Das liegt einerseits an dem ausgeglichenen Klima Englands, das Außenarbeiten fast während des ganzen Jahres gestattet, andererseits an dem üblichen Unterkontraktssystem, das es Baufirmen ermöglicht, auch für kleine Wohnhäuser nach Bedarf Spezialfirmen für alle Arten von Bauarbeit heranzuziehen. Diese Spezialfirmen arbeiten wesentlich billiger als die mit hohen fixen Kosten belasteten Vorfertigungsfabriken und sind, wie die folgende Übersicht über die Verteilung der Brutto-Erzeugung der britischen Bauwirtschaft andeutet, von einiger Bedeutung.

Die großen Baufirmen, die vor dem Kriege ein gewinnbringendes Arbeitsfeld in der Errichtung von vielstöckigen Geschäfts- und Wohnhäusern fanden und zum Teil zeitweise auch am Siedlungsbau im Wettbewerb mit den kleineren „spekulativen“ Baumeistern teilnahmen, arbeiten seit dem Kriege fast ausschließlich an Industrie- und Ingenieurbauten. Die

Gliederung der Brutto-Erzeugung der britischen Bauwirtschaft, 1946 — 1953

(in Mill. £)

Jahr	Spezialfirmen	Einmannfirmen	Andere Privatfirmen	Örtliche Behörden	Regierungsstellen	Öffentliche Versorgungsbetriebe	insgesamt ¹⁾
1946	74	15	531	65	13	56	841
1947	93	20	655	88	15	70	1 003
1948	113	23	777	97	17	80	1 131
1949	125	24	839	103	18	88	1 197
1950	140	27	884	107	16	92	1 266
1951	165	28	990	107	15	101	1 406
1952	194	28	1 118	125	14	120	1 599
1953 Jan.—Sept.	143		940		208		1 291

¹⁾ Die Zahlen für 1946—1948 schließen kleine Beträge für Vorfertigung und Kriegsgefangenenarbeit ein.

folgende Analyse der Kapitalausgaben in verschiedenen Wirtschafts- und Sozialgebieten zeigt, wo sie die größten Betätigungsmöglichkeiten fanden (in Mill. £):

Sparte	1948	1952
Landwirtschaft	90	84
Bergbau	30	49
Industrie	368	619
Handel	95	160
Verkehr und Post	208	229
Versorgungsbetriebe	138	242
Wohnungsbau	344	485
Erziehung	24	67
Gesundheitsdienst	12	17
Andere öffentliche Dienste	38	57
Insgesamt	1 347	2 009

Die größten industriellen Bauprojekte betrafen neue Kraftwerke und Mineralölraffinerien. Für den Bergbau mußten Tagebaubetriebe erschlossen, für die Schifffahrt neue Trockendocks gebaut werden. Verteidigungsaufträge sowie die Erstellung von Atomenergieanlagen stellten ebenfalls sehr bedeutende Anforderungen an die großen Baufirmen und die von ihnen beschäftigten Spezialunternehmen. Auf manchen dieser Gebiete ist in den nächsten Jahren eher eine Zunahme als eine Abnahme der Konstruktionstätigkeit zu erwarten; insbesondere dürfte auch der Verkehr größere Anforderungen an das Baugewerbe stellen, nachdem die Regierung zum ersten Mal seit längerer Zeit die allerdings noch bescheidene Summe von 15 Mill. £ für Straßenverbesserungen ausgeworfen hat und auch die Eisenbahnen ein großes Modernisierungsprogramm vorhaben. Im allgemeinen hat es jedoch den Anschein, als ob die industrielle Bautätigkeit im Abflauen begriffen ist; das gilt insbesondere von der Ol Raffination und dem Bergbau. Im Ausland sind britische Großbaufirmen letzthin auf verschärfte Konkurrenz gestoßen, von deutschen Unternehmen insbesondere im Nahen Osten. Sie arbeiten jedoch in Afrika und auch in Nordamerika weiterhin erfolgreich und hoffen, auch in Südamerika und Vorderasien stärker ins Geschäft zu kommen, wenn das hier zu tragende Sonderrisiko auf dem Versicherungswege abgewälzt werden kann.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Preise und Kosten den Umfang der Bautätigkeit in Großbritannien in Zukunft stärker beeinflussen werden. Wie die folgende Übersicht zeigt, haben die Preise von Baumaterialien erst im letzten Jahr zum ersten Mal einen Rückgang erfahren, aber dieser reichte nicht aus, die steigenden Löhne und Transportkosten auszugleichen:

Jahresmitte	Beschäftigtenzahl ¹⁾ (in 1000)	Produktionsindex für das Baugewerbe	Preisindex ²⁾ für	
			Baumaterialien im allgemeinen	Materialien für d. Wohnungsbau
1946	1 184	88	83,2	83,6
1947	1 344	92	94,3	93,7
1948	1 375 / 1 450	100	100,6	100,8
1949	1 438	105	102,0	101,8
1950	1 434	105	106,1	105,2
1951	1 449	101	125,6	123,0
1952	1 435	104	133,6	130,6
1953	1 448	109	130,5	128,7

¹⁾ 1946—1948 alte Abgrenzung, 1948—1953 neue Abgrenzung;
²⁾ 30. 6. 48 = 100.

Es zeigt sich, daß die Arbeitsproduktivität im Baugewerbe in den letzten Jahren, wenn Witterungseinflüsse ausgeschaltet werden, nur langsam gestiegen ist, ob-

wohl mehr mechanische Produktionsmittel Verwendung finden und die Versorgung mit Baumaterialien jetzt — von gewissen störenden Ausnahmen abgesehen — verhältnismäßig reibungslos verläuft. Trotzdem haben die Bauarbeiter, ermutigt durch die Vorgänge in anderen vollbeschäftigten Industriezweigen, neue Lohnforderungen angemeldet. Im englischen Baugewerbe fürchtet man, daß eine weitere Erhöhung der Baukosten die Nachfrage nach neuen Häusern beeinträchtigen wird, zumal Käufer von neuen und alten Häusern und Fabrikgebäuden schon heute wählerischer sind als vor einigen Jahren. In den letzten Jahren waren die Baukosten im Vergleich zu den Preisen von Vorkriegswohnhäusern schon so hoch, daß sich nicht-subventionierte Neubauten nur in bevorzugten Wohngebieten lohnten. Heute liegen die Baukosten für neue Wohnungen allgemein über dem Marktpreis vergleichbarer Vorkriegshäuser, und der kostenmäßige Vorteil des Neubau-Eigenheims über das Vorkriegshaus ist verschwunden.

Trotzdem ist zu erwarten, daß die Wohnbautätigkeit in den nächsten Jahren auf dem gegenwärtigen Stand von über 300 000 Wohneinheiten jährlich, hauptsächlich wie bisher in Form von Miethäusern für die örtlichen Behörden, verbleiben wird. Darüber hinaus beabsichtigt die Regierung, ein großzügiges Programm zur Bereinigung der noch bestehenden Elendsquartiere aus dem vorigen Jahrhundert durchzuführen. Es gibt in Großbritannien schätzungsweise über eine Million Wohnungen, die modernen hygienischen Anforderungen nicht entsprechen. Diese mit einem Schlage zu ersetzen, ist physisch und wirtschaftlich unmöglich. Man hat sich daher damit abgefunden, daß viele dieser an sich unzureichenden Wohnhäuser noch auf einige Jahrzehnte bewohnt werden müssen, und will nun versuchen, sie durch Installation moderner sanitärer Einrichtungen auf ein erträgliches Niveau zu heben, wobei ein Teil der Kosten aus Staatsmitteln aufgebracht werden soll. Um auch anderen Mietshausesitzern einen Anreiz zu geben, ausreichende Instandhaltungsarbeiten durchzuführen und so dem Wohnraumverschleiß durch Vernachlässigung notwendiger Reparaturen Einhalt zu gebieten, hat die Regierung nach langem Zögern eine Erhöhung der bisher auf dem Vorkriegsstand festgehaltenen Mieten innerhalb gewisser Grenzen gestattet, sofern der Hausbesitzer zusätzliche Mittel für Instandhaltung oder Verbesserung seines Grundbesitzes ausgibt.

Von diesen Maßnahmen erwartet man in England, daß sie dem Baugewerbe volle Beschäftigung sichern werden, auch wenn die dringende Nachfrage von Eigenheim-Interessenten befriedigt ist. Seit dem Kriege sind immerhin mehr als anderthalb Millionen Familien in neue Wohnungen gezogen. Der dringendste Bedarf ist damit nahezu gedeckt, wie auch in der Industrie der vordringliche Bedarf an neuen Fabrikgebäuden als nahezu befriedigt betrachtet werden kann. Unter diesen Umständen kommt der Bereinigung des Miet- und Subventionsproblems akute Bedeutung zu, da das Verbot von Mieterhöhungen trotz Geldentwertung und die Subventionierung des Wohnungsneubaus

ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit des Mieters eine durchaus künstliche Situation geschaffen haben. Manche örtlichen Behörden versuchen mit Zustimmung der Regierung, die finanzielle Last der Mietzuschüsse abzuwälzen, indem sie den Mietern, die oft nicht einmal die Hälfte der wirtschaftlich angemessenen Miete zahlen, subventionierte Wohnhäuser zu einem Vorzugspreis zum Kauf anbieten. Man hört auch von Besitzern veralteter und vernachlässigter

Mietshäuser, die ihr Eigentum verschenken, weil die Mieteinnahmen nicht ihre Ausgaben decken. Solche extremen Fälle unterstreichen die Tatsache, daß die üblichen Mieten viel zu niedrig sind, als daß sie privaten Interessenten einen Anreiz zum Bau von Mietshäusern bieten könnten. Früher oder später muß aber die Preisschere zwischen Mieten und Baukosten geschlossen werden, wenn wieder normale Zustände in der englischen Wohnungswirtschaft herrschen sollen.

Die Kostenstruktur der schwedischen Industrie

Prof. Dr. Sven Helander, Stockholm

Schweden ist das größte Industrieland Europas, das nicht direkt in den Krieg verwickelt war, und einige generelle Probleme moderner Industriestruktur können — wenigstens verhältnismäßig ungetrübt durch die politischen Ereignisse — am Beispiel dieses Landes untersucht werden. Nun ist allerdings Schweden außerordentlich eng mit dem Weltmarkt verbunden — sein Außenhandel pro Kopf der Bevölkerung wird in Europa nur von Belgien übertroffen und ist ungefähr so groß wie der entsprechende Wert für die Schweiz. Da das Land in seiner Nahrungsmittelversorgung etwa selbstversorgend ist, hat es diesen lebhaften Außenhandel seiner industriellen Entwicklung zu verdanken. Das Land weist ferner einen hohen Lebensstandard auf, und diese enge Verbindung mit dem Weltmarkt läßt somit internationale Konkurrenzprobleme von besonderer Schwierigkeit entstehen. In seiner Handelspolitik ist es in der Liberalisierung sehr weit gegangen und hat ein niedrigeres Zollniveau als z. B. Westdeutschland, wodurch jene internationalen Konkurrenzprobleme noch an Schärfe gewinnen.

Die schwedische Industrie wurde von Kriegszerstörungen, Demontagen und sonstigen direkt kriegsbedingten Schwierigkeiten nicht betroffen. Eine gewisse Friedenserscheinung ist auch die vorzügliche Statistik, die wertvolle Einblicke in die Probleme der schwedischen Industrieorganisation erlaubt.

Bei der Beurteilung des Entwicklungstempos der schwedischen Industrie in den letzten Jahren verbietet sich jeder Vergleich mit der gleichzeitigen deutschen Entwicklung von selbst — man hat den Rückschlag der deutschen Industrie nicht miterlebt und kann deshalb eine entsprechende Vorwärtsentwicklung jetzt nicht feststellen.

Produktionsindices für längere Perioden haben manche statistischen Schwächen. Wenn z. B. angegeben wird, daß die schwedische Industrie 1937 — 1952 um 64 %, die amerikanische um 93 % und die englische um 25 % gewachsen ist, so sind das Zahlen, die mit allem Vorbehalt aufgenommen werden müssen und nur ein ungefähres Bild von dem Tempo der industriellen Entwicklung Schwedens vermitteln. Für eine kürzere Periode (1947 — 1951) hat das Königl. Kommerzkollegium in Schweden jetzt eine Untersuchung über die Kostenstruktur der schwedischen Industrie veröffentlicht, die einige Einblicke in die moderne Industrieorganisation überhaupt geben kann.

Der Verkaufswert der Produktion, worüber hier Auskunft gegeben wird, betrug im Jahre 1947 16,9 Mrd. und im Jahre 1951 30,0 Mrd. sKr. In einem Lande mit einem Volkseinkommen von 36 Mrd. sKr. — was natürlich nur eine Vorstellung von den Größenverhältnissen geben kann, obwohl die Zahlen im übrigen nicht vergleichbar sind — bedeutet eine solche Untersuchung zweifellos eine stabile Grundlage für die Beurteilung der Gesamtlage der Industrie.

Man kann hier beobachten, wie in einem stark industrialisierten Lande mit einer kräftigen Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter sich einen schnell steigenden Reallohn erkämpft haben, ohne daß es zu wesentlichen offenen Lohnkämpfen gekommen ist, wobei aber die Industrie solche Rationalisierungen vornahm, daß das Lohnkonto trotzdem einen sinkenden Anteil des Verkaufswertes der Produktion einnimmt. Aber auch die Kosten des Verwaltungspersonals konnten dabei im Verhältnis zum Verkaufswert der Produktion relativ gesenkt werden, und der nach Abzug der Rohstoff-, Lohn- und Gehaltskosten übrigbleibende Gewinnanteil konnte — worauf wir noch zurückkommen werden — eine relativ steigende Tendenz zeigen.

Nun muß allerdings beachtet werden, daß im Jahre 1951 als Folge der Koreakrise außergewöhnliche Preisverhältnisse vorherrschten, wovon die schwedische Exportindustrie (Zellulose, Papier etc.) sehr stark beeinflusst wurde. Die Durchschnittszahlen dieses Jahres müssen deshalb mit großem Vorbehalt aufgenommen werden.

Der Produktionsindex der schwedischen Industrie ist in den vier Jahren von 1947 bis 1951 um 19,8 % gestiegen. Der Großhandelsindex hat sich in den gleichen Jahren um 50,3 % erhöht. Wollte man trotz der bekannten statistischen Schwächen solcher Indexzahlen diese Werte miteinander kombinieren, so käme man auf eine Steigerung des Verkaufswertes der schwedischen Industrieproduktion um 80,1 %. Das ergibt eine so nahe Übereinstimmung mit der 77,6 %igen Steigerung der ausgewiesenen Produktionswerte von 16,9 und 30,0 Mrd. Kr., wie man mit Rücksicht auf die genannten statistischen Schwierigkeiten überhaupt erwarten darf.

Die in der genannten Untersuchung geprüften Kosten der schwedischen Industrie beziehen sich auf Rohstoffe, Kraftstoffe, elektrische Energie, Löhne und Ge-